

## **BERICHT AUS BRASILILIEN**

20. Januar 2022

### **Massenproteste gegen die fehlende Politik der Regierung Bolsonaro zur Bekämpfung der Pandemie und der Korruption, Angriffe auf die Rechte der Arbeiter und die Auswirkungen der Flexibilisierung und Prekarisierung der Arbeit inmitten der Pandemie**

In Brasilien begann das Jahr 2021 politisch angespannt, mit weiteren Bedrohungen der Demokratie durch Bolsonaro. Wir hatten mit Sauerstoffmangel während der Gesundheitskrise in Manaus (Amazonas) zu kämpfen, mit einem kriminellen Experiment, bei dem Patienten als Versuchskaninchen für die Erprobung von Medikamenten benutzt wurden, die gegen Covid unwirksam waren, und mit mehreren Korruptionsskandalen im Zusammenhang mit dem Kauf von Impfstoffen.

Die Empörung über Bolsonaros "Impfstoffdiebstahl" löste eine Welle von Protesten aus, um ihn zu stürzen. Insgesamt fanden sechs Großdemonstrationen im ganzen Land statt.

Viele der Proteste prangerten auch die Zerstörung des Amazonasgebiets und den Völkermord an der indigenen Bevölkerung und den traditionellen Völkern an.

In Brasilien mussten wir einen Rückschlag hinnehmen, denn die Abholzung des Amazonas-Regenwaldes, der ungezügelter Bergbau und der illegale Abbau von Bodenschätzen, die Flüsse und Wälder schädigen, haben sich beschleunigt.

Mit Entsetzen beobachten wir die systematische Ausrottung unserer Bevölkerung, insbesondere der Armen, der Quilombolas (ehemalige Sklavengemeinschaften) und der indigenen Völker.

### **Angriffe auf Arbeiter**

Die Pandemie hat auch die Prekarität der Arbeitsverhältnisse verschärft und die Zahl der Arbeiter in informellen Arbeitsverhältnissen oder ausgelagerten Betrieben erhöht.

Das Ziel der Regierung Bolsonaro bestand von Anfang an darin, die Rechte der Arbeitnehmer zu beschneiden, wie dies bei der Genehmigung der Lohnsteuerbefreiung für Arbeiter der Fall war. Diese Maßnahme ermöglicht es den Unternehmen, den Sozialversicherungsbeitrag von 20 % auf die Gehälter der Arbeitnehmer nicht mehr zu zahlen und ihn durch eine Steuer auf die Bruttoeinnahmen zu ersetzen, die zwischen 1 % und 4,5 % liegt.

Ein weiterer Vorschlag der Regierung Bolsonaro bestand darin, den Arbeiter, sofern er "geschult und ausgerüstet" ist, für die Nichtverwendung von persönlicher Schutzausrüstung bei Arbeitsunfällen verantwortlich zu machen. Es wurde ein Schlupfloch geschaffen, das es Unternehmen ermöglicht, sich der Haftung für Arbeitsunfälle und Todesfälle zu entziehen, eine Praxis, die Brasilien schamlos vorlebt.

All diese Angriffe wurden mit dem Versprechen vorgetragen, dass sie dazu dienen würden, den Erhalt von Arbeitsplätzen zu garantieren. In der Praxis haben wir jedoch in den letzten Jahren gesehen, dass die Arbeitslosigkeit die brasilianischen Arbeiter weiterhin verfolgt - das Land hat derzeit etwa 14 Millionen Arbeitslose.

In Krisenzeiten, wie zuletzt bei der Pandemie, haben sich die Entlassungen verschlimmert, ungeachtet der den Unternehmen gewährten Steuererleichterungen für Millionäre oder anderer Maßnahmen wie ultraliberaler Reformen zum Abbau von Gehältern und Rechten.

Diese Vergünstigungen für Unternehmen haben die großen Automobilhersteller nicht davon abgehalten, Werke in Brasilien zu schließen.

Die Ford Co gab am 11. Januar 2021 ihre Entscheidung bekannt, die Fahrzeugproduktion in ihren drei Werken in Brasilien im Jahr 2021 einzustellen.

Die Pandemie hat die Umstrukturierungspläne des Automobilherstellers beschleunigt. Auch wenn es grausam ist, inmitten der Pandemie Werke zu schließen. Es wurden 5.000 direkte und 5 bis 6 Mal mehr indirekte Arbeitsplätze abgebaut.

Wir haben in der letzten Zeit beobachtet, wie das Rechtssystem sowohl den Interessen des Kapitals als auch denen der Arbeitgeber dient, indem es gewerkschaftliche Aktivitäten und den politischen Aktivismus von Gewerkschaftsmitgliedern kriminalisiert.

Ein Beispiel dafür ist der Fall von Antonio Macapá, der willkürlich zu 16 Tagen Gefängnis verurteilt wurde, weil er als Präsident der Metallarbeitergewerkschaft die Arbeitsplätze der Arbeiter im General Motors Werk in Sao Jose dos Campos, Sao Paulo, verteidigt hatte.

## **Solidarität**

Die internationale Solidarität hat sich für uns als grundlegend erwiesen, um gegen die Angriffe auf die Arbeiterklasse inmitten der Pandemie standhaft zu bleiben.

In Brasilien haben wir mit der internationalen Unterstützung, die die Mobilisierung der Arbeiter von LG im Land erhielt, eine Erfahrung in dieser Hinsicht gemacht.

Mit der Ankündigung der weltweiten Schließung der Handy-Produktionsabteilung von LG wurden wir in einem Moment hart getroffen, in dem die Coronavirus-Pandemie und das völkermörderische Verhalten der Regierung von Jair Bolsonaro das Land in eine Landschaft des Chaos und der Verwüstung verwandelten.

LG ergriff diese Maßnahme nach Jahren der Ausbeutung der Arbeitskräfte des Landes, insbesondere der Frauen (der Mehrheit des Sektors), was sich auf Tausende von direkten und indirekten Arbeitsplätzen auswirkte.

## **Wir müssen den Kampf fortsetzen**

Das können wir nicht hinnehmen, vor allem nicht in dieser besorgniserregenden Zeit der Gesundheitskrise, der Verschärfung des Elends aufgrund der Wirtschaftskrise und des Mangels an Arbeitsplätzen und Lebensmitteln.

## **Der Kampf ist also der einzige Weg!**

Und wir müssen uns von der Kampfbereitschaft und dem unabhängigen Kampf der Regierungen und der Unternehmer inspirieren lassen, wie im Fall der Metallarbeiter von GM-Silao in Mexiko, die sich gegen das Unternehmen und die Arbeitgebergewerkschaft mit ihren arbeitnehmerfeindlichen Einstellungen mobilisieren und den Einschüchterungen und Drohungen widerstehen, indem sie sich in einer unabhängigen Gewerkschaft SINTTIA organisieren, die aus der Arbeiterbewegung Generando Movimiento in Silao hervorgegangen ist, um für ihren ersten richtigen Vertrag zu kämpfen.

**Die Arbeiter können es sich nicht leisten, für die Krise zu bezahlen! Wir werden uns wehren!**

## **Länderbericht Deutschland**

12. Januar 2022

Die Coronavirus-Pandemie bestimmt aktuell die öffentliche Debatte. Da keine allgemeine Impfpflicht besteht und bisher nur 72% der Bevölkerung geimpft sind, kann sich das Virus rasant verbreiten. 115.000 Todesopfer sind seit Beginn der Pandemie gemeldet. Die Auto-konzerne bestehen darauf, dass die Produktion unbedingt zur Absicherung ihrer Profite aufrecht erhalten wird. Wer nicht geimpft ist, muss jeden Tag einen Test vorweisen. Gegen

die Corona-Schutzmaßnahmen und damit verbundenen Einschränkungen gibt es Demos und Proteste, welche von reaktionären und faschistischen Kräften getragen und gefördert werden. Das verbindet sich in einem Samm

elbecken mit Coronaleugnern, Verschwörungstheoretikern und Esoterikern, welche eine kleinbürgerlich egoistische Freiheitsideologie vertreten. Dieser Egoismus steht konträr zur proletarischen Freiheitsideologie und untergräbt die gesellschaftliche Solidarität. Wir sehen es als sehr wichtig an, dass wir klar Stellung beziehen, diese Auseinandersetzung unter den Automobilarbeitern ausgetragen wird.

Die Corona-Gesundheitskrise überlagert aber gleichzeitig seit Monaten die insgesamt allseitige Krisenentwicklung, mit weltweiter Wirtschafts- und Finanzkrise und den beschleunigten Schritte zum Übergang in eine globale Klima- und Umweltkatastrophe. Die zerstörerische Hochwasser-Katastrophe hat in Deutschland letztes Jahr zu 138 Toten und einem Sachschaden von 33 Milliarden Euro geführt. Unter anderem wurde dadurch ein Werk des Zulieferers ZF komplett zerstört.

Als neue Erscheinung hat sich eine weltweite Logistik- und Rohstoffkrise heraus gebildet. Es fehlen Halbleiterchips und Rohstoffe wie Aluminium, welche für die Autoproduktion benötigt werden. Dadurch kam es in Deutschland 2021 zu ständigen und teils längeren Produktionsausfällen. 10,1% weniger Autos wurden gegenüber 2020 produziert. 2020 gab es aber schon Rückgänge durch den Corona-Lockdown. Mit 3,1 Millionen gefertigten Personenkraftwagen wurde 2021 der niedrigste Stand seit 1975 erreicht.

Die Profite der Monopole werden nicht angetastet. Nicht nur Autokonzerne melden für 2021 Rekordgewinne, da die Regierung und die Arbeitslosenversicherungskassen Kurzarbeitergeld und Sozialversicherungen gezahlt haben. Jeder Achte (105.000) in der Auto- und Zuliefererindustrie war im Juni 2021 in Kurzarbeit. Im November wurde noch für 19.000 Kurzarbeit angemeldet.

In Deutschland sind die Kosten für Energie, wie Strom, Heizung, Kraftstoffe im letzten halben Jahr um über 20% angestiegen. Die Inflationsrate betrug im Dezember 5,3%, als höchste Teuerungsrate seit 1992. Das belastet die Arbeiter und ihre Familien zusätzlich und eine Diskussion um einen Lohnnachschlag oder Zusatzprämien entfaltet sich. In einzelnen Konzernen wie bei Daimler werden 6000 Euro Prämie bezahlt, um die aufkommenden Widersprüche zu dämpfen.

Nach der Bundestagswahl am 26. September 2021 bildete sich eine „Ampel“-Regierung aus der sozialdemokratischen Partei, den Grünen und der liberalen Partei. Es wurden einzelne Zugeständnisse vereinbart, wie die Einführung von 12 Euro Mindestlohn pro Stunde oder Investitionen in Umwelt- und klimapolitische Maßnahmen, welche aber nicht mal die von der Weltklimakonferenz 2015 in Paris beschlossenen Ziele erreichen. Die neue Regierung wirbt mit „Aufbruch“ und „Erneuerung“, nahm mehr junge Leute und Frauen in die Regierung auf, und weckt bei vielen Leuten Hoffnungen, dass es diese Regierung besser macht. Dadurch konnte sich die Regierung erstmal stabilisieren. Das wird nicht von Dauer sein, erschwert aber im Moment unsere Arbeit, zumal Einschüchterungen und antikommunistische Vorbehalte nicht nachlassen.

Das Corona-Krisenmanagement fährt weiter nur „auf Sicht“. Maßnahmen werden nur kurzfristig beschlossen. Es ist gescheitert. Die Krisenlasten werden auf die Massen abgeladen, während die Produktion in den Betrieben unter allen Umständen weiter laufen soll.

Bereits vor den Bundestagswahlen kam es zu einzelnen Streiks und gewerkschaftlichen Aktionstagen, wie beim Flugzeugbauer Airbus, wo 13.000 Arbeitsplätze vernichtet und Werke geschlossen werden sollen, oder auch im Gesundheits- und Pflegebereich angesichts der katastrophalen Überbelastung der Beschäftigten bei relativ geringer Bezahlung und Personalmangel. Die Gewerkschaft ver.di erkämpfte im Tarifvertrag neben Lohnerhöhungen, Vereinbarungen zu mehr Pflegepersonal.

Kurz nach den Wahlen kam es zu einem großen Erfolg der internationalen Arbeitereinheit und Solidarität. Der Stellantis-Konzern, wozu Opel und PSA gehören, versuchte eine kalte Schließung des Werks in Eisenach zum Ende 2021. Kämpferische Kollegen aus der IAC-Bewegung und die Konzernkoordinierung bei Stellantis-GM hatten dies aufgedeckt und sofort den Kontakt zu ihren Kollegen bei PSA in Sochaux in Frankreich hergestellt. Die Belegschaft und die Gewerkschaft CGT erklärten ihre Solidarität und dass sie sich nicht gegeneinander ausspielen lassen. Wir als ICOG hatten dazu Anfang Oktober informiert und zur weltweiten Solidarität aufgerufen.

Bereits am 2. Juli 2021 hatten Delegationen der IAC aus allen Opel-Standorten an einer Kundgebung in Sochaux gegen die geplante Arbeitsplatzvernichtung bei PSA teil genommen. Jetzt beteiligten sich 35 Kollegen aus mehreren PSA-Standorten am 29. Oktober an einer Kundgebung in Eisenach. Dabei an ihrer Seite solidarisch 200 Kollegen von VW aus Zwickau und weitere von Opel Rüsselsheim, Opel Bochum und VW Kassel. Aufgerufen hatte die Gewerkschaft IG Metall, welche gleichzeitig zu weiteren Demonstrationen 50.000 Metalller mobilisierte. Die Bosse von Stellantis und Opel gaben klein bei und seit 6. Januar 2022 wird bei Opel in Eisenach wieder produziert und eine geplante Auslagerung der Opel-Standorte Rüsselsheim und Eisenach ist erstmal vom Tisch.

Im November gab es mehrere Protestaktionen bei Automobil-Zulieferern mit Streiks und Aktionstagen gegen Werksschließungen und Arbeitsplatzvernichtung, wie bei ZF, Mahle und Bosch. Hintergrund ist dabei die sogenannte „Transformation“ vom Verbrennungsmotor zum Elektroauto, welche allein in Deutschland zehntausende Arbeitsplätze vernichtet. VW rüstet sich für die Umstellung auf Elektroantriebe als größter Konkurrent von Tesla. 2022 wird Tesla in Grünheide bei Berlin ein großes Werk für reine Elektroautos in Betrieb nehmen. In dieser Auseinandersetzung hat sich der Sozialchauvinismus belebt, mit dem die Belegschaften fertig werden müssen. Die Belegschaften sollen mit der Zuteilung der Produktion von Elektromodellen zu Zugeständnissen erpresst und gegeneinander ausgespielt werden. Mit dem Beschluss der deutschen Regierung 15 Millionen Elektrofahrzeuge bis 2030 auf die Straße zu bringen, wird das Denken „Deutschland First“ gefördert, das auch materiell mit Fördergeldern von insgesamt 3,1 Milliarden vom Staat für Käufer von E-Autos, mit bis zu 9.000 Euro Zuschuss pro Fahrzeug. In Deutschland sind bereits knapp über 1 Million Elektrofahrzeuge zugelassen, davon allein 2021 625.260 Fahrzeuge.

Durch Corona ist es im Moment schwierig, Treffen der IAC-Gruppen zu organisieren. In Braunschweig und Wolfsburg führten Aktivisten eine Protestaktion vor dem VW-Tor gegen die Entlassung von Leiharbeitern durch. Für die Arbeiterschule Paraalang Crispin Beltran in den Philippinen wurden letztes Jahr auch unterstützt von Initiativen der IAC-Bewegung in Deutschland mehr als 10.100 Euro an Spenden gesammelt.

### **Bericht zu Indien über den Automobilbereich für das 3. ICOG-Treffen 23. Januar 2022**

Der indische Automobilbereich befindet sich seit einigen Jahren in Schwierigkeiten. Die Covid-19-Pandemie hat mit regelmäßigen Problemen zu kämpfen. Der Absatz im Automobilbereich ist in verschiedenen Segmenten rückläufig. Dafür gibt es folgende Gründe.

Der größte Teil ist auf den Mangel an Halbleiterchips zurückzuführen. Deshalb verlängern sich die Wartezeiten für Fahrzeuge und Buchungen werden storniert. Aufgrund der Pandemie steigen die Kosten für Ersatzteile, Arbeitskräfte und andere logistische Leistungen. All dies führt dazu, dass die Fahrzeugpreise steigen. Aufgrund der Pandemie ist die Ungewissheit der zukünftigen Einkünfte von den Menschen in der kritischen Zustand der Lockdown und Einschränkungen von der Regierung angekündigt, so dass sie

ihre Expansionen kontrolliert erlebt. Ein Teil der Menschen versucht, für zukünftige medizinische Ausgaben und Lebensmittel zu sparen, falls dies in der Zukunft notwendig sein sollte; dies führt dazu, dass der Kauf von Fahrzeugen durch Familien der Mittelschicht verschoben wird und der Automarkt sinkt.

Ein weiterer Punkt ist, dass die Preise für Benzin und Diesel in Indien rapide gestiegen sind, und zwar auf etwa 110 Rupien (1,30 Euro) pro Liter Benzin und auf etwa 100 Rupien (1,18 Euro) pro Liter Diesel. Dieser hohe Preis für Benzin und Diesel führt dazu, dass Fahrzeuge teurer werden, weshalb der Verkauf von Autos zurückgeht und die Autoindustrie in Schwierigkeiten gerät.

Auch im Automobilbereich fördert die indische Regierung ausländische Investitionen im Automobilsektor und erlaubt 100% ausländische Direktinvestitionen. Ab 2021 werden von der Zentralregierung verschiedene Maßnahmen ergriffen und umgesetzt, um den Automobilbereich anzukurbeln. Im Haushalt 2021-22 kündigt die Zentralregierung eine Politik der freiwilligen Fahrzeugverschrottung an, die die Nachfrage nach neuen Fahrzeugen ankurbeln könnte. Die Zentralregierung plant die Einführung von Elektrofahrzeugen. Die Herstellung von Elektrofahrzeugen und der Aufbau einer entsprechenden Infrastruktur ist eine Priorität der Zentralregierung und verschiedener Automobilunternehmen oder Vorstände. Aber es gibt viele Einschränkungen und Hindernisse in dieser Art der Kraftfahrzeugmobilität, vor allem die hohen Kosten des Fahrzeugs, Ladestation Nichtverfügbarkeit, sehr hohe Kosten der Batterie und ein Ersatz der Batterie häufig nach 5 Jahren, das sind die Nachteile der Elektrofahrzeuge beobachtet und deshalb gibt es keine besondere Attraktivität für diese Elektrofahrzeuge. Verschiedene Autohersteller planen jedoch, die Produktion von Elektrofahrzeugen in Zukunft zu erweitern.

In den letzten Jahren haben sich die 5 größten multinationalen Unternehmen der Automobilbranche aus Indien zurückgezogen. Dadurch gingen zahlreiche Arbeitsplätze verloren. General Motors, MAN, Fiat, Harley Davidson und UM Motorcycle sind die Hauptakteure, die sich aus Indien zurückziehen werden. Der Geschäftsführer von Maruti-Suzuki sagt, dass die Wachstumsrate in allen vier Industriesegmenten - Pkw, Zweiräder, Nutzfahrzeuge und Dreiräder - zurückgeht. Die Ungewissheit über Pandemien, die Gesundheit unserer Bevölkerung, die weltweite Verknappung von Halbleitern und die steigenden Rohstoffpreise sind die kommenden Hauptherausforderungen für die Verkaufseffizienz zusammen mit den regelmäßigen Spannungen.

Das Ford-Werk in Indien wird bis Juni 2022 geschlossen. Der endgültige Lohnausgleich nach der Schließung von Ford Indien wird mit der Gewerkschaft verhandelt. In der Gewerkschaft sind verschiedene Gruppen gebildet worden. Die Geschäftsleitung hat verschiedene Vorschläge unterbreitet, die vom Alter des Beschäftigten, der Dauer der Betriebszugehörigkeit bei Ford und vielen anderen Faktoren abhängen. Derzeit schlägt die Geschäftsleitung 50 Tage Abfindung vor, was aber nicht ausreicht, so dass jede Entscheidung ungewiss ist.

General Motors hat das Werk in Talegaon bereits geschlossen und seinen Betrieb eingestellt. Die Geschäftsleitung von General Motors hat alle Beschäftigten, die Mitglieder der Gewerkschaft sind, entlassen. Der Rechtsstreit ist vor Gericht anhängig. Alle Streitfragen zwischen der Gewerkschaft und General Motors werden vor dem Arbeitsgericht verhandelt. Das örtliche Gericht hat die Geschäftsleitung von General Motors angewiesen, allen illegal entlassenen Beschäftigten ab April 2022 50 % ihres Lohns zu zahlen.

Die Maruti-Suzuki-Betriebsgewerkschaft ergriff die Initiative zur Gründung eines Forums oder einer Plattform für alle Gewerkschaften der Automobilhersteller und der Zulieferindustrie. Ein gemeinsames Treffen war in Neu-Delhi geplant, wurde aber wegen der neuen Covid-19-Beschränkungen verschoben.

## Länderbericht Südafrika

Einer unserer größten Automobilhersteller, VW, hat 14 Arbeiterführer entlassen. Sie werden der Anstiftung zu einem ungesetzlichen Streik beschuldigt und haben auf "nicht schuldig" plädiert. Es gab einen mehrstündigen Ministreik, mit dem Druck auf die Unternehmensleitung ausgeübt werden sollte, damit diese sich mit den Meinungsverschiedenheiten über die Covid-Hilfsfonds auseinandersetzt. Infolgedessen wurden alle 20 Shop Stewards (Vertrauensleute) wegen Anstiftung zum Streik angeklagt, 14 von ihnen wurden entlassen, nachdem sie sich nicht schuldig bekannt hatten, und 6 blieben in der Organisation, nachdem sie sich schuldig bekannt hatten. Die 14 entlassenen Arbeiterführer werden rechtlich von der Gewerkschaft NUMSA vertreten, während die 6 an ihrem Arbeitsplatz verbliebenen von einem privaten Anwalt vertreten werden. Der IAWC-Ausschuss in Südafrika möchte die ICOG um eine Solidaritätserklärung bitten. Wir fordern die ICOG auf, sich mit allen betroffenen Arbeitern zu solidarisieren und zur Einheit aufzurufen, sowohl mit den 6 verbleibenden als auch mit den 14 entlassenen.

Bei MBSA (Mercedes-Benz Südafrika) wurde die Trennung von Bussen und Lastkraftwagen von den Personenkraftwagen am 1. Dezember 2021 vollzogen und abgeschlossen. Das bedeutet, dass die Arbeiter, die jahrelang Seite an Seite für dasselbe Unternehmen gearbeitet haben, heute ebenfalls getrennt sind. Es wird auch berichtet, dass das Unternehmen von einem 3-Schicht-Modell zu einem 2-Schicht-Modell zurückgekehrt ist. Für den Monat Februar sind 2 Wochen Arbeitsunterbrechungen geplant, da der Mangel an Chips derzeit eine weltweite Herausforderung darstellt.

Die Privatisierung staatlicher Unternehmen geht unangefochten weiter, da die meisten Gewerkschaftsverbände über den ANC, COSATU und die SACP enge Beziehungen zur aktuellen Regierung unterhalten. Dieses Phänomen geht einher mit einem massiven Outsourcing im privaten Sektor, insbesondere in der Automobilindustrie, wo Unternehmen in kleine Einheiten zerlegt werden, die an einige ehemalige Arbeiter und Angestellte als neue Zulieferer verkauft werden.

Diese beiden Konzepte "Privatisierung und Outsourcing" führen, wie vorgesehen, häufig zu einem Verlust mehrerer Arbeitsplätze. Zu mehreren Leistungseinbußen und starkem Personalabbau, während auf der anderen Seite die Arbeitsbelastung pro Arbeiter und Angestelltem immer weiter steigt. Die Zahl der Arbeitslosen steigt durch die Umsetzung der beiden Konzepte immer weiter an.

Es ist eine weltweit bekannte Tatsache, dass Südafrika derzeit die Omikron-Variante der COVID19-Pandemie durchläuft. Es heißt, dass wir das erste Land sind, in dem diese Art von Mutation festgestellt wurde. Einige Wissenschaftler vermuten jedoch, dass einige Länder in Europa diese Mutation schon vor Südafrika hatten, aber sie beschlossen, sie zu verstecken und nicht als solche zu melden. Solche kontroversen Diskussionen in der Wissenschaft dienen dazu, Kampagnen zu verwässern, die darauf abzielen, die Bürger zu ermutigen, sich impfen zu lassen. Mehrere Unternehmen haben an ihren Arbeitsplätzen Impfstellen eingerichtet, um Arbeiter, die sich impfen lassen wollen, zu ermutigen und zu unterstützen. Die Zahl der Todesfälle und Infektionen infolge der Omikron-Variante ist nach wie vor deutlich niedriger als in allen vorherigen Phasen der Pandemie.